

# Flüchtlingenzuwanderung und bürger- schaftliches Engagement

Jutta Aumüller

- ◆ Der „Neuigkeitswert“ im gegenwärtigen Engagement für Flüchtlinge liegt in der enorm gestiegenen quantitativen Dimension, in der besonderen Struktur dieses Engagements und in der Entstehung vielfältiger und innovativer Engagementformen.
- ◆ Die Haltung der örtlichen Bevölkerung ist fast immer dreifach geteilt: Es gibt die Gruppe derjenigen, die kompromisslos gegen Zuwanderung sind, und es gibt die Gruppe derjenigen Menschen, die grundsätzlich offen für Zuwanderung sind. Die anteilmäßig größte Gruppe von schätzungsweise 60 % bildet die „ambivalente Mitte“. Sie besteht aus jenen Gruppen in der lokalen Bevölkerung, die auf gesellschaftliche Wandlungsprozesse häufig mit Verlustängsten reagieren, zugleich aber wenig Kontakte zu Flüchtlingen und Zugewanderten haben. Sie müssen in ihren Wertvorstellungen und Emotionen angesprochen werden, um sie in eine unterstützende Haltung einzubinden.
- ◆ Die Formvielfalt des Engagements reicht von Sachspenden über Alltagsbetreuung bis zu unterschiedlichsten innovativen Projekten. Begünstigend ist, dass die Freiwilligen selbst bestimmen können, wie intensiv ihre Berührungspunkte mit den Flüchtlingen sind. Es existiert ein breiter Einstiegskorridor.
- ◆ Ehrenamtliche Unterstützungsinitiativen haben nicht nur eine wichtige Funktion für verbesserte Betreuungs- und Integrationsangebote, sondern können auch Anwohnerreaktionen auf die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften positiv prägen.
- ◆ Die Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten erfordert in den Kommunen eine professionelle Struktur für solche Bereiche, für die Ehrenamtliche nicht zuständig sein wollen oder können. Beispielgebend ist das Konzept zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen in Bremen (2013), das eine klare Arbeitsteilung zwischen professionellem und ehrenamtlichem Handeln vornimmt.

- ◆ Die Rolle der Verwaltung sollte vor allem darin liegen, die Vernetzung des Engagements auf kommunaler Ebene zu unterstützen und eine „zeitschonende Form“ der Vernetzung zu ermöglichen.
- ◆ Überall dort, wo die Verwaltung engagierte Bürger auf die Funktion von Zuarbeitern und Handlangern reduziert, entstehen Reibungspunkte. Der Steuerungsanspruch der Verwaltung kann durchaus in Spannungen zur Eigendynamik und eigenständigen Kreativität des zivilgesellschaftlichen Engagements geraten.
- ◆ „Ehrenamt braucht Hauptamt“ – gerade das Flüchtlingsengagement erfordert eine gute Abstimmung beider Kompetenzbereiche. Eine langfristige Unterstützung des hohen Engagements für Flüchtlinge wird mit einer Low-Budget-Strategie nicht zu bewerkstelligen sein.
- ◆ Die enorme Zuwanderung geflüchteter Menschen wirft eindrücklich die Frage auf, wie die Partizipation von Menschen gedacht werden kann, die über keinen gesicherten Aufenthaltsstatus verfügen und von wesentlichen Bürgerrechten ausgeschlossen sind. Dies ist eine entscheidende Frage zukünftiger demokratischer Entwicklung, weil das Ankommen von Menschen, von denen ein Teil längerfristig bleibt, ein Teil wieder gehen wird, mittlerweile einen grundlegenden Modus im gesellschaftlichen Prozess bildet.
- ◆ Eine einseitig gelebte Willkommenskultur ist nur eine halbe Willkommenskultur.

## Die gegenwärtige Situation in der Flüchtlingsaufnahme

Das Jahr 2015 hat der Bundesrepublik Deutschland eine Flüchtlingszuwanderung von bislang unbekanntem Ausmaß beschert. Von Januar bis November sind bislang mehr als 900.000 geflüchtete Menschen eingereist. Bereits in den vorausgegangenen Jahren standen die Zeichen auf ansteigende Aufnahme von Asylbewerbern – nachdem 2008 diese Zahl mit 28.000 Asylanträgen auf den niedrigsten Stand seit den 1990er-Jahren gesunken war. Anfang 2015 war für das laufende Jahr ein Anstieg der Asylbewerberzahlen auf 400.000 Personen prognostiziert worden, eine Prognose, die bereits im ersten Halbjahr mehrfach nach oben korrigiert wurde. Mit der einseitigen Außerkraftsetzung des Dublin-Verfahrens in der Flüchtlingsaufnahme, die die deutsche Bundesregierung im September vornahm, erreichte die Zuwanderung eine Dimen-

sion, die alle bisherigen Erwartungen übersteigt. Insbesondere der anhaltende Bürgerkrieg in Syrien sowie die schwierige wirtschaftliche und menschenrechtliche Lage in den westlichen Balkanstaaten Kosovo, Albanien und Serbien zwangen Hunderttausende von Menschen, sich auf die Flucht nach Mitteleuropa zu begeben, und sie werden dies voraussichtlich auch in nächster Zukunft tun.

Die aktuelle Flüchtlingszuwanderung wird flankiert von einem enormen Ausmaß an zivilgesellschaftlichem Engagement, das den Geflüchteten gilt. Die Bilder einer beispiellosen Willkommenskultur, für die insbesondere Tausende freiwillig engagierter Personen stehen, gingen um die Welt. Klar ist: Ohne das Engagement dieser Freiwilligen könnten die Anforderungen der

Flüchtlingenaufnahme nicht auf dem gegenwärtigen Niveau bewältigt werden.

Das zivilgesellschaftliche Engagement für Flüchtlinge verläuft derzeit zweigleisig und umfasst die kurzfristige wie auch eine langfristige Unterstützung von geflüchteten Menschen.

Die kurzfristige Unterstützung umfasst die Organisation und Ausgabe von Sachspenden und raschen Hilfen und wird vor allem über lokale Unterstützerkreise organisiert, die in der Regel an den Gemeinschaftsunterkünften angedockt sind. Die Helfenden agieren nach Bedarf und entsprechend ihrer zeitlichen Möglichkeiten, häufig im Rahmen eines Schichtbetriebs. Ein großer Teil der Organisation läuft über Internet-Verteiler. Typisch dabei sind rasch wechselnde Bedarfe in den Hilfsangeboten, und auch von den Helfenden wird eine hohe Flexibilität gefordert. In der aktuellen Krise übernehmen Flüchtlinge selbst hoheitliche Aufgaben, die die überlasteten Behörden nicht in der geforderten Schnelligkeit erbringen können.

In Berlin stellte die Initiative „Moabit hilft“ eine Grundversorgung für Tausende neu ankommender Flüchtlinge auf die Beine, die bereits seit dem Sommer tage- und wochenlang vor dem für die Aufnahme zuständigen Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) im Freien campieren müssen, richtete eine Behelfsküche ein (die auf Anordnung des Gesundheitsamtes „aus hygienischen Gründen“ wieder geschlossen werden musste), organisiert die Versorgung mit Speisen, Schlafsäcken, Regenplanen, Kleidung und anderen elementaren Dingen des alltäglichen Bedarfs. Freiwillige Ärzte, Hebammen und Krankenpfleger übernehmen die medizinische Grundversorgung. Bisweilen übernehmen freiwillige Helfer – wie in der oberfränkischen Stadt Kulmbach – gleich die Registrierung der neu ankommenden Flüchtlinge. Hierfür haben

Ehrenamtliche des Roten Kreuzes ein Formular entwickelt, das elektronisch an die Regierung von Oberfranken weitergeleitet wird.<sup>1</sup> Diese willkürlich gewählten Beispiele ließen sich durch eine Vielzahl weiterer Funktionen erweitern, die Freiwillige derzeit in der Flüchtlingsaufnahme erfüllen.

Die zweite Schiene betrifft die langfristige Unterstützung von Flüchtlingen. Dies sind Angebote, die auf Nachhaltigkeit angelegt sind, beispielsweise Patenschaften für Geflüchtete, Mentorenprojekte, Vormundschaften für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sowie alle Maßnahmen, die auf die Etablierung einer langfristigen Unterstützungsstruktur abzielen. Zu Letzteren zählen etwa Strukturen einer professionellen Koordination und Begleitung des Flüchtlingsehrenamts. Das Feld der Akteure einer langfristigen Flüchtlingsunterstützung beginnt sich derzeit auszuweiten. Auch Kirchen und Wohlfahrtsverbände beispielsweise stellen neuerdings hauptamtliche Koordinatoren ein, die sich gezielt um das zivilgesellschaftliche Engagement für Flüchtlinge und seine Einbindung in Kirchengemeinden und Verbandsaktivitäten kümmern sollen. Und nicht zuletzt gibt es auch in den Kommunen gegenwärtig Überlegungen, wie die Flüchtlingsintegration durch ein langfristiges zivilgesellschaftliches Engagement begleitet werden kann. Insgesamt befindet sich dieser Bereich noch im Aufbau und stellt viele Beteiligte – in Kommunalpolitik und Verwaltungen – vor die Frage, wie sich das aktuelle Engagement verstetigen lässt.

<sup>1</sup> Katja Auer, Wir helfen, Süddeutsche Zeitung vom 13.10.2015.

## Strukturen des zivilgesellschaftlichen Engagements in der Flüchtlingsarbeit

In der Flüchtlingshilfe besitzt das zivilgesellschaftliche Engagement eine lange Tradition. In den Jahren nach dem Asylkompromiss von 1993, als es gesellschaftlich sehr still um das Flüchtlingsthema wurde, waren es besonders lokale Flüchtlingsinitiativen und kirchliche Gruppen, die sich – oftmals in Kooperation mit den örtlichen Niederlassungen der Wohlfahrtsverbände – um die (wenigen) Asylbewerber und vor allem um die langzeitgeduldeten Flüchtlinge vor Ort kümmerten. Typischerweise handelte es sich dabei um Helferkreise mit einem langjährig stabilen Kern und einer starken humanitären Überzeugung, die die Flüchtlinge in ihren oft langwierigen Verfahren und multiplen Problemlagen begleiteten (Aumüller/Bretl 2008). Zu den Schwerpunkten dieses Engagements gehörte besonders die Begleitung traumatisierter Flüchtlinge sowie von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (vgl. Stiftung Mitarbeit 2010).

In der gegenwärtigen Flüchtlingszuwanderung entsteht eine neue Struktur des zivilgesellschaftlichen Engagements. Der „Neuigkeitswert“ im gegenwärtigen Engagement für Flüchtlinge liegt in den folgenden Aspekten:

- in der enorm gestiegenen quantitativen Dimension,
- in der besonderen Struktur des Engagements,
- in der Entstehung vielfältiger und innovativer Formen des Engagements für Flüchtlinge.

Der erste dieser Aspekte ist evident. Handelte es sich in früheren Jahren um stabile Insider-Kreise, die sich dem Engagement für Flüchtlinge verschrieben hatten, so ist es derzeit eine allorts dort, wo Flüchtlingsunterkünfte entstehen, zu erlebende Erscheinung, dass sich Menschen um die neuen Mitbewohner in der Nachbar-

schaft kümmern. Belegt sind vielfach Beispiele, in denen eine zunächst eher skeptisch-ambivalente Haltung in der örtlichen Bevölkerung gegenüber der Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften letztlich in eine hohe Hilfsbereitschaft für die neu ankommenden Menschen umschlug (vgl. Aumüller/Gesemann 2014, S. 141; Aumüller/Daphi/Biesenkamp 2015).

In der Ausprägung des bürgerschaftlichen Engagements für Flüchtlinge ist die Haltung in der örtlichen Bevölkerung fast immer dreifach geteilt: Es gibt die Gruppe derjenigen, die kompromisslos gegen Zuwanderung sind und die in dieser Haltung kaum beeinflusst werden können, und es gibt – komplementär dazu – die Gruppe derjenigen Menschen, die grundsätzlich offen für die Zuwanderung auch von Flüchtlingen sind. Auch in letzterer Gruppe benötigen manche Menschen zunächst eine gezielte Ansprache, um sich für Flüchtlinge zu engagieren. Die anteilsmäßig größte Gruppe, schätzungsweise 60 Prozent, bilden die Menschen dazwischen, die in ihrer Haltung ambivalent sind. Diese „ambivalente Mitte“ spielt in Willkommensstrategien eine besondere Rolle. Es handelt sich um jene Gruppen in der lokalen Bevölkerung, die auf gesellschaftliche Wandlungsprozesse häufig mit Verlustängsten reagieren, zugleich aber wenig Kontakte zu Flüchtlingen und Zugewanderten haben und kaum über belegbare Informationen darüber verfügen. Sie müssen in besonderer Weise in ihren Wertvorstellungen und Emotionen angesprochen werden, um sie in eine unterstützende Haltung einzubinden (vgl. dazu Welcoming America o. J.; Aumüller/Daphi/Biesenkamp 2015).

Ein zweiter Wandel betrifft die besondere Struktur dieses Engagements. Bislang wissen wir darüber noch wenig Genaues. Interessante An-

haltspunkte aber gibt eine Umfrage, die am Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung angefertigt wurde (Karakayali/Kleist 2015). Sie beruht auf einer Online-Befragung von 460 aktiven Ehrenamtlichen und 70 Organisationen in der Flüchtlingsarbeit. Zwar ist sie damit nicht repräsentativ, dennoch erscheinen auch diese nicht repräsentativen Ergebnisse in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert:

- Der überwiegende Teil freiwillig engagierter Menschen, etwa 70 Prozent der Respondenten in der Umfrage, ist weiblich. Zudem verfügen freiwillig Engagierte in der Flüchtlingshilfe über besonders hohe Bildungsabschlüsse. Dieser Befund deckt sich mit Beobachtungen zum Engagement vor Ort, das sich vielfach aus „gutbürgerlichen Kreisen“ rekrutiert. Auch ist der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund unter den Freiwilligen höher, als es ihrem Bevölkerungsanteil entspricht.
- Das enorme freiwillige Engagement ist ein Phänomen jüngsten Datums. Die befragten Organisationen gaben an, dass sich in den letzten Jahren durchschnittlich 70 Prozent mehr Ehrenamtliche engagieren. Fast die Hälfte der Engagierten hat erst in jüngerer Zeit begonnen, sich für Flüchtlinge zu interessieren.
- Ein Großteil des Engagements dreht sich darum, Lücken in der strukturellen Versorgung der Geflüchteten zu schließen. Beispielsweise sind Freiwillige besonders häufig in der Begleitung von Behördengängen gefordert. Eine hohe Priorität nehmen zudem Übersetzungsarbeiten sowie die Organisation der ehrenamtlichen Arbeit selbst ein.
- Das Engagement, so die Studie weiterhin, erfolgt in vielen Fällen spontan und selbstorganisiert: „Knapp 40 Prozent setzen sich jenseits bestehender Strukturen für Flüchtlinge ehren-

amtlich ein – weit über dem Durchschnitt allgemeinen freiwilligen Engagements.“

- Hilfe für die Geflüchteten ist nicht die einzige Motivation für das Engagement, sondern die überwiegende Mehrheit der Befragten möchte damit auch politisch tätig werden und ein Zeichen gegen die gesellschaftliche Ausgrenzung von Flüchtlingen setzen (Karakayali/Kleist 2015, S. 5 f.)

Ein dritter Aspekt schließlich bezieht sich auf die Formenvielfalt des Engagements. In der Unterstützung von Flüchtlingen bildet die Alltagsbetreuung einen zentralen Bereich. Die Begleitung bei Behördengängen, Sprachunterricht, die Unterstützung im Umgang mit bürokratischen Angelegenheiten, Übersetzungsdienste und Beratung in sozialen Angelegenheiten sind zentrale Tätigkeitsfelder der Ehrenamtlichen (Karakayali/Kleist 2015, S. 28). Besonders hoch ist die Hilfsbereitschaft bei Sachspenden. Die Sachspende ermöglicht es auch solchen Menschen zu helfen, bei denen der Wunsch, unterstützend tätig zu werden, mit einer Scheu vor der direkten Begegnung mit Flüchtlingen gepaart ist. Darüber hinaus sind auch viele traditionelle Träger bürgerschaftlichen Engagements – Vereine, Kirchengemeinden usw. – beteiligt. Zum Beispiel sind viele Sportvereine darum bemüht, Flüchtlinge in laufende Angebote einzubeziehen oder ihre Sportstätten für zusätzliche Angebote zu öffnen (vgl. Deutscher Fußball-Bund/Die Beauftragte der Bundesregierung 2015).

Daneben aber entstehen auch innovative Formen des bürgerschaftlichen Engagements für Flüchtlinge. Beispielhaft dafür stehen die Refugee Law Clinics, die mittlerweile an gut einem Dutzend Universitäten in Deutschland existieren oder in der Gründung sind. Studierende der Rechtswissenschaften stellen ihr Wissen unentgeltlich für die Rechtsberatung von Asylbewer-



bern und Geduldeten zur Verfügung und werden dabei von den juristischen Fakultäten, an denen sie angesiedelt sind, fachlich begleitet. Sie versuchen damit, die bestehenden Defizite in der rechtlichen Beratung von Asylsuchenden auszugleichen. Law Clinics greifen das Vorbild US-amerikanischer Hochschulen auf, die ein Beratungsangebot für Menschen bereitstellen, die aufgrund ihrer finanziellen und persönlichen Situation nur einen eingeschränkten Zugang zu qualifizierter Rechtsberatung haben.

Beispielhaft innovativ verbindet sich bürgerschaftliches Engagement aber auch mit neuen Formen der Wohnunterbringung von Asylsuchenden, so beispielsweise im Sharehaus Refugio der Berliner Stadtmission und im Grandhotel Cosmopolis in Augsburg (vgl. Aumüller/Daphi/Biesen-

kamp 2015, S. 51 ff.). Dort leben Einheimische und Asylsuchende in gemeinsamen Wohn- und Kulturprojekten zusammen; so verbindet sich zivilgesellschaftliches Engagement mit neuen Formen der gesellschaftlichen Teilhabe von Flüchtlingen (vgl. Abschnitt „Flüchtlinge als zivilgesellschaftliche und politische Akteure“).

Als begünstigend wird von Koordinatoren und Engagierten in der Flüchtlingsarbeit gewertet, dass die Freiwilligen selbst bestimmen können, wie intensiv ihre Berührungspunkte mit den Flüchtlingen sind. Es existiert ein breiter Einstiegskorridor in das Engagement und es können sich auch solche Freiwillige handwerklich und versorgend betätigen, die nicht allzu eng mit dem Schicksal einzelner Menschen in Berührung kommen möchten.

## **Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Engagements für die Integration**

Für die meisten Helfenden aber bedeutet das Engagement für Flüchtlinge, dass sie eine ganz besondere Zuwendung zu Menschen aufbauen, die ihnen bislang unbekannt waren und die sich in einer besonders prekären Lebenssituation befinden. Flucht und Asyl konstituieren eine außergewöhnliche biografische Situation, die von geflüchteten Menschen als ein abgrundtiefer Riss in ihrem Leben empfunden wird. Persönliche Verlusterfahrungen und Traumata müssen verarbeitet werden und die künftige Lebensplanung hängt von Umständen ab, die sich durch das eigene Handeln oft nur bedingt beeinflussen lassen. In einer rigiden Asylpraxis war es lange Zeit in Deutschland offiziell verpönt, im Zusammenhang mit nicht anerkannten Flüchtlingen von einer Integration zu sprechen – geschweige denn, Integration mittels entsprechender staatlicher Maßnahmen zu unterstützen. Diese Praxis unterliegt gegenwärtig einem grundlegenden Wandel: Auch Flüchtlinge, deren Asylverfahren

noch nicht abgeschlossen ist, verfügen mittlerweile über einen erleichterten Zugang zu den Angeboten der staatlichen Integrationsagenturen.

Unabhängig davon hat aber zu jeder Zeit allein durch den Aufenthalt und dadurch erforderliche Interaktionen eine wie auch immer geartete faktische Integration auch von nicht anerkannten Flüchtlingen stattgefunden. Studien belegen, dass das zivilgesellschaftliche Engagement einen positiven Einfluss auf die soziale Integration von geflüchteten Menschen ausübt – insbesondere wenn dieses in Form persönlicher Kontakte erfolgt (Aumüller/Bretl 2008, S. 184 f.). Die Sozialarbeiterin Misun Han-Broich hat in einer empirischen Studie untersucht, was das ehrenamtliche Engagement für die Flüchtlinge, denen es zugutekommt, selbst bedeutet (Han-Broich 2012 und 2015). Sie kommt dabei zu dem Ergebnis, dass zivilgesellschaftliches Engagement einen essenziellen Beitrag zur Integration geflüchteter

Menschen leistet. Diese Integration findet in mehreren Dimensionen statt:

- in einer kognitiv-kulturellen Dimension (Denken),
- in einer sozial-strukturellen Dimension (Handeln),
- in einer seelisch-emotionalen Dimension (Fühlen) (Han-Broich 2012).

Die kognitiv-kulturelle Dimension umfasst Lernbeziehungen aller Art, die geflüchtete Menschen mit Sprache, Verhalten, Normen, Werten und Erwartungen der aufnehmenden Gesellschaft vertraut machen. Der Lerneffekt beruht dabei im günstigen Fall auf Gegenseitigkeit: Auch freiwillig Engagierte machen Lernerfahrungen, setzen sich mit kultureller Verschiedenheit auseinander und werden zu Mittlern und Meinungsmultiplikatoren zwischen Geflüchteten und der hiesigen Gesellschaft (Han-Broich 2015, S. 46).

Der sozial-strukturellen Dimension sind konkrete Hilfestellungen zuzurechnen, die auf die Alltagsorganisation abzielen und geflüchtete Menschen zu einem eigenständigen Handeln in ihrer neuen Umgebung befähigen. Ehrenamtsbeziehungen können dabei auch als eine Art von Sozialkapital betrachtet werden. Das heißt, die Beziehungen zu freiwillig Engagierten können von Flüchtlingen in bestimmten Situationen nutzbringend eingesetzt werden, beispielsweise bei Schwierigkeiten mit Behörden, bei der Wohnungs- und Arbeitssuche, bei Schulproblemen der Kinder usw.

Die seelisch-emotionale Dimension schließlich umfasst Erfahrungen menschlicher Nähe, die zwischen Flüchtlingen und Helfenden entstehen. Für Flüchtlinge selbst, so die Feststellung

in der Studie, ist diese besondere emotionale Komponente, die in Ehrenamtsbeziehungen entsteht, besonders wertvoll. Diese Beziehung kann über das Empfinden von Stagnation hinweghelfen, das sich in den langwierigen und komplizierten Asylverfahren oftmals einstellt. Besonders der Umgang mit Behörden gestaltet sich für geflüchtete Menschen häufig sehr schwierig: Man ist mit den unterschiedlichen Verwaltungszuständigkeiten nicht vertraut, kann komplexe und bisweilen widersprüchliche Vorschriften nicht nachvollziehen und ist befremdet über die sachlich-unpersönliche Art des Umgangs mit einer Behörde. Eine gute Begleitung durch freiwillige Helfer kann das negative Bild, das Flüchtlinge von Deutschland erhalten, und das Gefühl, abgelehnt zu sein, ausgleichen. Auch für traumatisierte Flüchtlinge kann eine persönliche Bindung an Ehrenamtliche manchmal eine therapeutische Funktion haben, wenn es gelingt, eine Vertrauensbindung aufzubauen (Han-Broich 2015, S. 46). Allerdings sollte die Aufarbeitung posttraumatischer Belastungsstörungen nicht ehrenamtlichen Beziehungen überlassen werden, sondern hier ist unbedingt der Einsatz von qualifizierten Therapeuten erforderlich.

Das freiwillige Engagement in der Flüchtlingshilfe hat nicht nur eine integrierende Wirkung für Geflüchtete, sondern auch für die Menschen in der Aufnahmegesellschaft selbst. Freiwillige Helfer sind wichtige Multiplikatoren, die in der örtlichen Gesellschaft Verständnis für die Lebenssituation von Flüchtlingen vermitteln können. Sie tragen dazu bei, Vorurteile und Ängste in der einheimischen Bevölkerung abzubauen und möglicherweise auch solche Menschen zum Engagement zu bewegen, die bislang eher ablehnend gegenüber Flüchtlingen eingestellt waren.

## Erfolgsfaktoren und Reibungspunkte des freiwilligen Flüchtlingsengagements in der Kommune

Es gibt derzeit keine fundierte wissenschaftliche Untersuchung zur Qualität des zivilgesellschaftlichen Engagements für Flüchtlinge. Eine kürzlich erschienene Studie zur Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen, die die Autorin gemeinsam mit Priska Daphi und Celine Biesenkamp verfasst hat, belegt anhand mehrerer empirischer Fallstudien, dass ehrenamtliche Unterstützungsinitiativen nicht nur eine wichtige Funktion für verbesserte Betreuungs- und Integrationsangebote haben, sondern dass sie auch die Anwohnerreaktionen auf die Errichtung von Flüchtlingsunterkünften positiv prägen können (Aumüller/Daphi/Biesenkamp 2015, S. 155 ff.). Beispielhaft hierfür sei die 2014 eröffnete Gemeinschaftsunterkunft in Berlin-Britz genannt. Eine lokale Anwohnerinitiative aus der Britzer Hufeisensiedlung mit dem Namen „Hufeisern gegen Rechts“ setzte sich gleich nach Bekanntwerden des Bauprojekts dafür ein, fremdenfeindliche Mobilisierungsversuche durch rechtsextreme Gruppen zurückzudrängen und ein Willkommensbündnis für die erwarteten Flüchtlinge zu organisieren. Nicht immer gelang dies in Einklang mit der Informationspolitik des örtlichen Rathauses, das im Anfangsstadium der Planungen zunächst auf eine Verschleierungstaktik setzte und damit erst recht „Besorgnisse“ in Teilen der lokalen Anwohnerschaft weckte. Die Anwohnerinitiative in Berlin-Britz zeichnet sich durch eine besondere Kommunikationsbereitschaft mit der lokalen Nachbarschaft, aber auch durch eine starke Bereitschaft zur Vernetzung und Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen und professionellen Akteuren in der Flüchtlingsbetreuung aus. Sie ist ein anschauliches Beispiel dafür, welchen akzeptanzfördernden Einfluss zivilgesellschaftli-

ches Engagement für Flüchtlinge auf der lokalen Ebene ausüben kann.

Aus den Interviews in insgesamt 16 bundesdeutschen Kommunen, die im Rahmen unserer Studie geführt wurden, lassen sich verschiedene Bedingungen für ein gelingendes zivilgesellschaftliches Engagement für Flüchtlinge erkennen:

**Arbeitsteilig vorgehen:** Aus der Sicht der Unterstützer ist ehrenamtliches Engagement für Flüchtlinge kein Ersatz für eine professionell zu leistende psychosoziale und rechtliche Beratungsarbeit. Die Aufnahme und Unterbringung erfordert in den Kommunen eine professionelle Struktur für solche Bereiche, für die Ehrenamtliche nicht zuständig sein wollen oder können. Viele Unterstützer agieren aus einem nachbarschaftlichen Selbstverständnis heraus und sehen es nicht als ihre Aufgabe an, geschultes Fachpersonal (Sozialarbeiter, Juristen, Psychologen), das in der Flüchtlingsarbeit dringend erforderlich ist, zu ersetzen.

Beispielgebend ist in dieser Hinsicht das Konzept zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen in Bremen, das 2013 vom Bremer Senat beschlossen wurde.<sup>2</sup> In diesem Konzept wird eine klare Arbeitsteilung zwischen professionellem und ehrenamtlichem Handeln vorgenommen. Alle Bereiche struktureller Integration – von psychosozialer und rechtlicher Beratung über Spracherwerb, Kinderbetreuung und Bildung bis Integration in den Arbeitsmarkt – bilden eine staatliche Kernaufgabe. Durchaus wird

2 Gesamtkonzept zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen in der Stadt Bremen sowie weitere Maßnahmen zur kurzfristigen Unterbringung, Stand: 13. September 2013, <https://www.bing.com/search?q=Konzept%20Aufnahme%20Fl%C3%BCchtlinge%20Bremen&pc=cosp&ptag=ADC890F4567&form=-CONMHP&conlogo=CT3210127>.



dem zivilgesellschaftlichen Engagement dabei eine wichtige unterstützende Rolle zugemessen, doch unterliegt es in seiner Ausgestaltung dem Prinzip der Freiwilligkeit und Eigenkreativität.

**Professionelle Begleitstruktur schaffen:** Ehrenamtliches Engagement für Flüchtlinge benötigt eine professionelle Begleitstruktur, wenn es dauerhaft und nachhaltig sein soll. Hauptamtliche Koordinatoren können hilfreich darin sein, die Verbindung zwischen Unterstützern und Flüchtlingen herzustellen. Koordinatoren sind deshalb wichtig, um die Rahmenstruktur, innerhalb derer sich das Engagement vollzieht, aufrechtzuerhalten und um Geldmittel für eine bessere Unterstützung einzuwerben. Vielerorts kommen Asylsuchende für eine begrenzte Zeit in die Gemeinschaftsunterkunft und gehen wieder – aber die ehrenamtliche Unterstützungsstruktur muss über diese Fluidität hinweg aufrechterhalten werden. An einer professionellen Begleitung hakt es allerdings besonders in kleineren Städten und Gemeinden, wo sie entweder aufgrund mangelnder Ressourcen völlig fehlt oder von hauptamtlichen Mitarbeitern zusätzlich zu ihren regulären Aufgaben geleistet werden muss.

**Kontinuität und Verlässlichkeit:** Zivilgesellschaftliches Engagement für Flüchtlinge benötigt eine kontinuierliche Unterstützung durch die Verwaltung. Bisweilen beschränkt sich diese darauf, Flüchtlingsinitiativen in ihrer Gründungsphase zu begleiten und sich dann völlig aus dem Kontakt zurückzuziehen. Die Freiwilligen selbst müssen dann notwendige Sachmittel und die erforderliche Logistik organisieren, die sie für die Flüchtlingsarbeit benötigen. Oft entsteht daraus ein Unmut, von der Verwaltung alleingelassen zu werden. Eine verlässliche Unterstützung aus der Verwaltung heraus bedeutet zudem, dass sich auch weitere kommunale Einrichtungen, beispielsweise der Kinder- und Ju-

gendarbeit, aktiv an dieser Unterstützung beteiligen und ihrerseits zielgruppenspezifische Angebote in den Flüchtlingsunterkünften anbieten müssen.

**Vernetzung der Freiwilligen unterstützen:** Die Rolle der Verwaltung sollte vor allem darin liegen, die Vernetzung des Engagements für Flüchtlinge auf der kommunalen Ebene zu unterstützen. Die beiden knappsten Ressourcen aus der Sicht der Engagierten sind das Geld und das eigene begrenzte Zeitbudget. Unterstützer benötigen daher eine zeitschonende Form der Vernetzung. Dafür braucht es durchdachte Schnittstellen, die eine optimale Bereitstellung von Informationen ermöglichen, ohne dass Unterstützer ständig überall und an jedem Runden Tisch präsent sein müssen. Beispielsweise sollten kommunale Integrationsbüros personell so ausgestattet sein, dass von dort die Vernetzung effektiv gesteuert werden kann.

**Reibungspunkte vermeiden:** Reibungspunkte entstehen dort, wo die Verwaltung engagierte Bürger auf die Funktion der Zuarbeiter und Handlanger reduziert. Ein intrinsisches Merkmal des zivilgesellschaftlichen Engagements ist seine Eigendynamik und die eigenständige Kreativität, die daraus entsteht. Die Frage, wie weit der Steuerungsanspruch der Verwaltung mit Blick auf das zivilgesellschaftliche Engagement gehen darf, kann durchaus für Spannungen sorgen. Die folgenden Beispiele verdeutlichen, wie dieser Steuerungsanspruch variieren kann:

- In Bremen, wo die Selbsthilfeförderung traditionell stark verankert ist, wurde 2013 auf Initiative des Bremer Senats ein Stadtteilstiftungs fonds für Flüchtlinge aufgelegt. Der Fonds ist weniger dazu gedacht, um zivilgesellschaftliches Engagement für Flüchtlinge zu aktivieren, sondern um das bereits vorhandene Engagement zu unterstützen. Er wurde als ein nied-

rigschwelliges Instrument konzipiert, um Angebote von Bürgern mit den Interessen und Bedürfnissen von Flüchtlingen zusammenzubringen. Ausdrücklich wird der Fonds nicht als ein Steuerungsinstrument verstanden, mit dem die Verwaltung ihre eigenen Vorstellungen von „guter Integration“ zu realisieren versucht. Er ist auch kein Lückenfüller für strukturelle Integration: Sprachförderung, die Integration in Kita und Schule, Angebote zur Ausbildungs- und Arbeitsförderung werden auf anderen Schienen möglichst gezielt durch Politik und Verwaltung gesteuert. Der Erfolg des Stadtteilstifts wird daran bemessen, ob es gelingt, tragfähige Kontakte zwischen den asylsuchenden Menschen und der Stadtgesellschaft herzustellen.

- Deutlich näher an den Bedarfen der Verwaltung angesiedelt sind Patenschaftsmodelle für Flüchtlinge. Sie werden oft aus der Verwaltung heraus in der Absicht initiiert, Hilfestellungen, für die keine professionelle Sozialarbeit erforderlich ist, an Freiwillige zu delegieren (z. B. Begleitung bei Einkäufen, Arztbesuchen, Behördengängen). Häufig werden professionelle Koordinatoren aus der Verwaltung abgestellt, die die Vermittlung zwischen Flüchtlingen und Freiwilligen herstellen und eine Begleitung und ggf. Unterstützung der ehrenamtlich Engagierten leisten. Neben der konkreten Unterstützung von Flüchtlingen geht es in diesem Format oft auch darum, durch eine möglichst breite Einbindung von Bür-

gern eine Akzeptanz von Asylsuchenden in der Kommune zu schaffen und um Fremdenfeindlichkeit entgegenzuwirken.

- Eine dritte Variante kapriziert Freiwillige auf die Rolle der Improvisatoren in der derzeitigen Massenzuwanderung. Sie ist ein krisenhafter Ausdruck dafür, dass die staatlichen Institutionen damit überfordert sind, schnelle Hilfe zu organisieren. Konflikte treten hierbei häufig auf, weil die Ehrenamtlichen erkennen, dass sie Aufgaben erfüllen, für die sie eigentlich nicht zuständig sind. Gefühle der Überforderung, die unter Engagierten auftreten, haben mit der Wahrnehmung zu tun, Versäumnisse in der früheren Politikplanung und fehlende Ressourcen in der Verwaltung ausbaden zu müssen.

Eine Folge dieses Einsatzes ist es allerdings, dass die – überwiegend mehrheitsdeutschen – Freiwilligen zunehmend eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung einfordern, die bislang eher schleppend vorangegangen war. Sie fordern mehrsprachige Informationen für Flüchtlinge; sie dringen auf eine konsequente Öffnung der Regelangebote auch für Flüchtlinge, beispielsweise reguläre Jugendamtsleistungen auch für schwangere Frauen im Asylverfahren. Damit wird ein Druck auf die Verwaltung erzeugt, sich konsequenter als bislang den Anforderungen einer Einwanderungsgesellschaft zu stellen, die sich auch mit den Auswirkungen globaler Flüchtlingskrisen auseinandersetzen muss.

## Unterstützung für die Unterstützer – was Bund und Länder für das zivilgesellschaftliche Engagement tun

Freiwilliges Engagement für Flüchtlinge ist nicht zum Nulltarif zu haben. Das Prinzip „Ehrenamt braucht Hauptamt“ gilt in besonderer Weise für das Flüchtlingsengagement, das eine gute Ab-

stimmung beider Kompetenzbereiche erfordert, um die Integration der Flüchtlinge effektiv unterstützen zu können. Vor allem viele größere Kommunen haben darauf reagiert, indem sie

hauptamtliche Stellen für die Koordination der Flüchtlingshilfe einrichten oder Mittel für Sachleistungen bereitstellen. Besonders im derzeitigen Krisenmanagement sind es genau diese Koordinatorenstellen, die dringend benötigt werden. Zur Unterstützung kommunaler Aktivitäten haben mehrere Bundesländer Fonds aufgelegt, aus denen das Ehrenamt für Flüchtlinge gefördert wird:<sup>3</sup>

Das Land Baden-Württemberg legte 2015 das Förderprogramm „Gemeinsam in Vielfalt – Lokale Bündnisse für Flüchtlingshilfe“ mit einem Gesamtumfang von einer Million Euro auf. Einzelne lokale Bündnisse für das Flüchtlingsengagement konnten aus diesem Fonds eine Zuwendung in Höhe von 15.000 Euro beantragen.

- Bei der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg können Zuwendungen an lokale Initiativen zum Aufbau einer Willkommenskultur beantragt werden. Gefördert werden Projekte und Einzelmaßnahmen freier gemeinnütziger Träger, kommunaler Träger und juristischer Personen des privaten Rechts, um ehrenamtliche, lokal wirksame Willkommensinitiativen zu unterstützen.
- In Bremen existiert ein Stadtteilstiftungs-Fonds zur Förderung der Teilhabe von Flüchtlingen im Quartier. Ehrenamtliche Initiativen können einen Zuschuss für Aktivitäten beantragen, die die Begegnung zwischen Zugewanderten und der Stadtgesellschaft ermöglichen. Der Fonds knüpft an die Tradition der Selbsthilfeförderung und der damit geschaffenen dezentralen Strukturen in Bremen an und fungiert als ein niedrighschwelliges Instrument, um Angebote von Bürgern mit den Interessen und Bedürfnissen von Flüchtlingen zusammenzubringen. Maßnahmen der struktu-

rellen Integration sind davon ausgenommen und fallen in den Zuständigkeitsbereich der Landesbehörden (Aumüller/Daphi/Biesenkamp 2015, S. 89 ff.).

- In Hamburg können Menschen, die sich in der Flüchtlingshilfe engagieren, über den Fonds „Flüchtlinge und Ehrenamt“ Sach- und Honorarmittel bis zu einer Höhe von jeweils 100 Euro beantragen.
- In Nordrhein-Westfalen ist das Landesprogramm „Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe“ an die Kommunalen Integrationszentren angebunden. Pro Kommune (Kreise und kreisfreie Städte) stehen 18.000 Euro zur Verfügung, die zur Unterstützung verschiedenster ehrenamtlicher Aktivitäten sowie zur Qualifizierung des Ehrenamts für Flüchtlinge verwendet werden können.
- In Rheinland-Pfalz werden über das Programm „Wir tun was“ Ehrenamtsprojekte zur Förderung der Integration von Flüchtlingen finanziell unterstützt. Gefördert werden Kleinprojekte mit einer Höhe von jeweils bis zu 150 Euro.
- In Schleswig-Holstein bestehen Fördermöglichkeiten für ehrenamtliche Tätigkeiten für und mit Flüchtlingen im Rahmen des Landesengagement-Programms „Engagiert in SH“. Der konkrete Fördermittelumfang ist derzeit nicht ersichtlich.

Die Übersicht zeigt eine deutliche Variationsbreite in der Mittelausstattung. In der Praxis aber schreckt der bürokratische Aufwand für den Abruf von Mitteln viele Flüchtlingsinitiativen davon ab, diese zu beantragen. Dies betrifft insbesondere Kleinstförderungen: Aktive in der Flüchtlingsarbeit betonen, dass es oftmals einfacher, zeit- und kräfteschonender sei, kleinere Sachausgaben über Privatspenden zu finanzie-

<sup>3</sup> Ich danke meinem Kollegen Dr. Frank Gesemann (DESI) für diese Übersicht der Länder-Förderfonds.

ren, als sich auf das formale Antragsverfahren für die Einwerbung öffentlicher Mittel einzulassen. Hier müssen vereinfachte Verfahren zur Anwendung kommen, durch die Freiwillige nicht bürokratisch überlastet werden.

Auf Bundesebene startete im Dezember 2015 das Sonderprogramm „Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug“. Hierfür stellt der Bund neben den bestehenden regulären 35.000 Stellen des Bundesfreiwilligendienstes 10.000 neue Dienstplätze mit Flüchtlingsbezug zur Verfügung. Für das bis 2018 befristete Programm sind 50 Millionen Euro jährlich in den Bundeshaushalt eingestellt. Als Freiwillige sollen auch Flüchtlinge mit einem gesicherten Aufenthaltsstatus einbezogen werden. Für sie sind zu Dienstbeginn bei Bedarf ein mehrwöchiger Intensivsprachkurs und begleitende Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Sprachkenntnisse vorgese-

hen. Ein solcher Einsatz von Freiwilligen mit eigener Fluchtgeschichte könnte, wenn er mit sinnvollen qualifizierenden Maßnahmen verbunden wird, zugleich auch den Übergang in den Arbeitsmarkt erleichtern.

Die erst allmählich anlaufende materielle Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Engagements für Flüchtlinge steht im Kontrast zur symbolischen Anerkennung, die es erfährt. Mittlerweile kursieren jede Menge öffentliche Auszeichnungen für Engagierte. Zahlreiche Ratgeber geben Tipps für das ehrenamtliche Engagement. Viele Integrationsbeauftragte setzen auf ihrer Netzseite Links, über die örtliche Engagementmöglichkeiten für Flüchtlinge kommuniziert werden. Eine langfristige Unterstützung des hohen Engagements für Flüchtlinge aber wird mit einer Low-Budget-Strategie nicht zu bewerkstelligen sein.

## **Flüchtlinge als zivilgesellschaftliche und politische Akteure**

Die Wahrnehmung von Flüchtlingen wird in der Aufnahmegesellschaft stark durch ihre Opferrolle bestimmt. In Deutschland angekommen, erscheinen sie zunächst als Objekte von Verwaltungshandeln und paternalistischer Hilfe. Ihre Erwartungen und ihre starke Motivation, das eigene Leben nach der Flucht nochmals neu zu gestalten, wird dabei viel zu wenig zur Kenntnis genommen. Jedoch sollten die Flüchtlingsmärsche und -proteste seit 2012 zumindest das Bewusstsein dafür geschärft haben, dass auch Flüchtlinge politische Akteure sind, die mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln Einfluss auf die Ausgestaltung ihrer Lebensbedingungen zu nehmen versuchen. Es soll daher abschließend ein kurzer Blick auf das zivilgesellschaftliche und politische Engagement von Flüchtlingen geworfen werden.

Bis vor Kurzem noch war selbst das ehrenamtliche Engagement von Flüchtlingen stark reglementiert. Solange ihnen die Aufnahme einer Beschäftigung untersagt war, konnte Asylbewerbern und Geduldeten selbst eine ehrenamtliche Tätigkeit in Vereinen als Ordnungswidrigkeit ausgelegt werden, sofern sie hierfür keine schriftliche Erlaubnis der Ausländerbehörde vorlegen konnten (Boettcher 2010, S. 42). In dieser Vorschrift bildete sich die jahrzehntelang praktizierte Desintegrationspolitik gegenüber Asylsuchenden ab. Flüchtlinge sollten auf allen Ebenen von einer Eingliederung in die Gesellschaft abgehalten werden, wozu auch die Integration über ein zivilgesellschaftliches Engagement gehörte. Die Zustimmung durch die Ausländerbehörde ist inzwischen nicht mehr erforderlich, wenn Flüchtlinge unbezahlt in Vereinen oder Verbänden



mitarbeiten möchten. Viele Asylsuchende werden in der anhaltenden Flüchtlingsaufnahme selbst unterstützend aktiv.

Über das zivilgesellschaftliche Engagement von Flüchtlingen existieren derzeit vor allem anekdotische Eindrücke. Im gegenwärtigen Flüchtlingsdiskurs wird die Stimme der Geflüchteten kaum gehört. Aus manchen Unterstützerkreisen wird berichtet, dass die Bewohner von Gemeinschaftsunterkünften noch wenig dazu zu bewegen seien, beispielsweise an Gremiensitzungen teilzunehmen (Aumüller/Daphi/Biesenkamp 2015, S. 95). Bislang existieren auch kaum Erfahrungen mit der Einrichtung von Heimbeiräten in Gemeinschaftsunterkünften, wie sie in einigen Bundesländern, so in Sachsen und Sachsen-Anhalt, in manchen Unterkünften installiert werden. Diese Beiräte werden von den Bewohnern gewählt und sollen ihre Mitwirkung im Heimbetrieb gewährleisten (vgl. ebd., S. 46).

Auch zur politischen Artikulation von Flüchtlingen in Deutschland laufen erste Forschungsarbeiten gegenwärtig erst an. Noch fällt die Einordnung von Protest und Widerstand geflüchteter Menschen als politische Aktionsform schwer. Die neueren Protestbewegungen gelten zwar als „nachhaltig und transnational vernetzt“ (Mc Gauran/Hudig 2014, S. 28) und somit von punktuellen Mobilisierungen abgrenzbar, dennoch gibt es beträchtliche Lücken in unserem Verständnis der Entstehung und Dynamik des Protestes von Flüchtlingen in Deutschland.<sup>4</sup>

Die enorme Zuwanderung geflüchteter Menschen, die aller Voraussicht nach zumindest mittelfristig noch anhalten wird, wirft eindrücklich die Frage auf, wie die Partizipation von Menschen gedacht werden kann, die über keinen

gesicherten Aufenthaltsstatus verfügen und die von wesentlichen Bürgerrechten ausgeschlossen sind. Obwohl in der politischen Theorie bereits seit einiger Zeit eine Debatte um diese Frage stattfindet (vgl. zum Beispiel Benhabib 2008), fehlen noch Erfahrungen, wie eine gesellschaftliche Teilhabe von aufenthaltsrechtlich ausgegrenzten Menschen auf der lokalen Ebene praktisch umgesetzt werden kann. Ich halte dies für eine entscheidende Frage künftiger demokratischer Entwicklung, weil das Ankommen von Menschen, von denen ein Teil längerfristig bleibt, ein Teil wieder gehen wird, mittlerweile einen grundlegenden Modus im gesellschaftlichen Prozess bildet und auch weiterhin bilden wird. Interessante Impulsgeber können experimentelle Wohn- und Lebensformen sein, wie das Grandhotel Cosmopolis in Augsburg, eine Flüchtlingsunterkunft, in der Asylbewerber und Hotelgäste gemeinsam ein Haus bewohnen und in der zusätzlich ein öffentliches gastronomisches Angebot und Künstlerateliers untergebracht sind. Die bislang vorherrschende räumliche Abtrennung von Asylbewerbern und geduldeten Flüchtlingen wird hierbei aufgelöst. Der Anspruch des Grandhotels ist es, nicht nur Flüchtlinge unterzubringen und zu versorgen, sondern einen vielseitig und gemeinsam genutzten Kulturort zu gestalten. Initiativen wie das Grandhotel Cosmopolis arbeiten daran, die dominante gesellschaftliche Sichtweise auf „den Flüchtling“ als eine marginalisierte soziale Figur zu überwinden, indem das Recht auf Teilhabe auf die gesamte Stadtgesellschaft unabhängig vom staatsbürgerlichen Status projiziert wird. Sie fügen sich damit in lokal fundierte Konzepte der sozialen Partizipation ein, die in der kritischen Sozialforschung unter dem Stichwort der „urban citizenship“ diskutiert werden – die Mitgestaltung und Teilhabe am städtischen Leben durch alle dort lebenden Menschen (vgl. Hess/Lebuhn 2014).

<sup>4</sup> Ich bedanke mich bei Frau Dipl.-Pol. Sabine Klotz (Universität Erlangen-Nürnberg) für die Informationen zu ihrem Promotionsvorhaben zu Protesten von Asylsuchenden und Flüchtlingen in Deutschland.



## Ausblick

Noch befindet sich das zivilgesellschaftliche Engagement für Flüchtlinge vielerorts in einem Krisenmodus und die Frage nach der längerfristigen Integration bleibt ausgeblendet. Dennoch ist es ein Gebot der Stunde, Konzepte, Ideen und Strategien zu entwickeln, wie es langfristig weitergehen kann mit der Integration der Hunderttausende, die nach aller Voraussicht in Deutschland bleiben werden. Welche Rolle zivilgesellschaftliches Engagement für Flüchtlinge, aber auch von Flüchtlingen in diesem Prozess spielen kann, sollte umgehend bedacht werden. Dabei wird es stärker als bislang auf das gemeinsame Gestalten ankommen. Eine einseitig gelebte Willkommenskultur, wie sie derzeit im zivilgesellschaftlichen Engagement Tausender Menschen zum Ausdruck kommt, ist nur eine halbe Willkommenskultur. Die andere Hälfte besteht darin, den willkommen Geheißenen die Chance zu verschaffen, ihrerseits etwas zurückgeben zu können und dadurch eine elementare Form der Selbstachtung zu wahren.

Die derzeitige Flüchtlingsaufnahme stellt Deutschland vor eine strukturelle Herausforderung enormen Ausmaßes. Sie erfordert umfassende gesellschaftspolitische Investitionen: in den Wohnungsbau ebenso wie in Sprachkurse, in das Bildungswesen und eine unterstützende Arbeits-

marktpolitik. Hierbei ist eine klare Grenzziehung erforderlich zwischen den staatlich zu leistenden Aufgaben einer strukturellen Integration und einem zivilgesellschaftlichen Engagement, das die soziale Integration geflüchteter Menschen voranbringt. Das Engagement der Bürger entlässt Staat und Politik nicht aus der Verantwortung, möglichst rasch tragfähige Angebote für die Integration der Neuzuwanderer auf den Weg zu bringen und für eine vernünftige Finanzierung zu sorgen. Andernfalls wird zivilgesellschaftliches Engagement schlichtweg verheizt.

## Zur Autorin

Jutta Aumüller, Diplom-Politologin, Dr. phil., Studium der Politischen Wissenschaft und Volkswirtschaftslehre an der Freien Universität Berlin. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind die Integrationspolitik von Bund, Ländern und Kommunen, Interkulturelle Öffnung, Flüchtlingspolitik, Religion und Integration, Demokratie und gesellschaftliche Partizipation sowie die Prävention von Rechtsextremismus. Gegenwärtig forscht sie zur Flüchtlingsaufnahme in den Bundesländern und Kommunen sowie zur Arbeitsmarktintegration von Asylbewerbern.

## Literatur

- Aumüller, Jutta/Bretl, Carolin (2008): Die kommunale Integration von Flüchtlingen in Deutschland, Berlin: Edition Parabolis
- Aumüller, Jutta/Gesemann, Frank (2014): Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel. Abschlussbericht zum Forschungs-Praxis-Projekt, Darmstadt: Schader-Stiftung, Internet: [http://www.integrationspotenziale.de/wp-content/uploads/2012/04/Abschlussbericht\\_Integrationspotenziale-1%C3%A4ndlicher-Regionen-im-Strukturwandel.pdf](http://www.integrationspotenziale.de/wp-content/uploads/2012/04/Abschlussbericht_Integrationspotenziale-1%C3%A4ndlicher-Regionen-im-Strukturwandel.pdf) (zuletzt eingesehen am 10.12.2015)
- Aumüller, Jutta/Daphi, Priska/Biesenkamp, Celine (2015): Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen. Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement, Stuttgart: Robert Bosch

- Stiftung, Internet: <http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/html/64045.asp> (zuletzt eingesehen am 10.12.2015)
- Benhabib, Seyla (2008): Die Rechte der Anderen. Ausländer, Migranten, Bürger, Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Boettcher, Johanna (2010): Ehrenamtliches Engagement – aber bitte nicht von Flüchtlingen?, in: Stiftung Mitarbeit (Hrsg.), Freiwilliges Engagement für Flüchtlinge und von Flüchtlingen, Bonn: Verlag Stiftung Mitarbeit, S. 40–47
- Deutscher Fußball-Bund/Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2015): Willkommen im Verein! Fußball mit Flüchtlingen, Frankfurt am Main/Berlin
- Han-Broich, Misun (2012): Ehrenamt und Integration. Die Bedeutung sozialen Engagements in der (Flüchtlings-)Sozialarbeit, Wiesbaden: Springer-VS
- Han-Broich, Misun (2015): Engagement in der Flüchtlingshilfe – eine Erfolg versprechende Integrationshilfe, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 14–15, S. 43–49
- Hess, Sabine/Lebuhn, Henrik (2014): Politiken der Bürgerschaft. Zur Forschungsdebatte um Migration, Stadt und citizenship, in: sub\urban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung, Bd. 2, H. 3, S. 11–34
- Karakayali, Serhat/Kleist, J. Olaf (2015): EFA-Studie: Strukturen und Motive der Flüchtlingsarbeit in Deutschland, 1. Forschungsbericht: Ergebnisse einer explorativen Umfrage vom November/Dezember 2014, Berlin: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Humboldt-Universität zu Berlin
- Mc Gauran, Katrin/Hudig, Kees (2014): Refugee Protests in Europe: Fighting for the Right to Stay, in: State-watch Journal: Borders, deaths and resistance, Bd. 23, Nr. 3–4, S. 28–32
- Stiftung Mitarbeit (Hrsg.) (2010), Freiwilliges Engagement für Flüchtlinge und von Flüchtlingen, Bonn: Verlag Stiftung Mitarbeit
- Welcoming America (o.J.): Strategic Communications for Community Engagement, Internet: <http://www.welcomingamerica.org/wp-content/uploads/2013/01/Strategic-Communications-for-Community-Engagement-Slides.pdf> (zuletzt eingesehen am 10.12.2015)

---

## **Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und Demokratie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung**

Die Förderung der Bürgergesellschaft bleibt ein zentrales Thema der aktuellen Reformdebatte. Der Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und Demokratie“ ist in diesem Diskurs seit dem Jahr 2001 ein Forum, das reformpolitisch relevante Themenstellungen aufgreift, analysiert und in der politischen Debatte Stellung bezieht. Damit soll ein Beitrag geleistet werden, ein Netzwerk für die politische Beratung institutioneller Reformpolitik aufzubauen und dessen Überlegungen der Politik vorzustellen. Der Arbeitskreis versteht sich insofern als kritischer Impulsgeber für die öffentliche Reformdebatte.

Anlass und Ausgangspunkt bildet das Interesse, die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und des darin liegenden Demokratisierungspotenzials und die Staatsmodernisierung zusammenzubringen. Das Augenmerk des Arbeitskreises gilt in erster Linie der Stärkung der Bürgergesellschaft und entsprechender Partizipationschancen: Diese Perspektive bestimmt die zu formulierenden Modernisierungsanforderungen an staatliche Instanzen und Akteure.

Die persönlich eingeladenen Mitglieder des Arbeitskreises reflektieren den interdisziplinären Arbeitsansatz: Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat Persönlichkeiten aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft, Wirtschaft, Medien, Verbänden und anderen gesellschaftlichen Organisationen gewinnen können, ihre fachlichen und persönlichen Erfahrungen dem Arbeitskreis zur Verfügung zu stellen. Neben diesen ständigen Teilnehmern werden zu den jeweiligen Themen Einladungen an einen themenspezifisch kompetenten Adressatenkreis ausgesprochen.

In regelmäßigen Sitzungen diskutiert der Arbeitskreis Themen, die der praktischen Umsetzung bürgerschaftlichen Engagements und der Entwicklung der Bürgergesellschaft förderlich sind. Sie werden zudem auf Fachkonferenzen, öffentlichen Veranstaltungen oder über Analysen und Gutachten aufgegriffen und vom Arbeitskreis kritisch begleitet. Zugleich dient dieser Gesprächszusammenhang dem Informations- und Erfahrungsaustausch und der Vernetzung seiner Mitglieder und ihrer Praxisfelder.

Der Arbeitskreis wurde 2002 von Dr. Michael Bürsch (†) und Albrecht Koschützke gegründet. Er ist organisatorisch beim Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung angesiedelt und wird geleitet von Willi Brase, MdB, unterstützt durch eine Steuerungsgruppe (Dr. Stefanie Elies, Dr. Serge Embacher, Dr. Ansgar Klein, Dr. Susanne Lang, Prof. Dr. Roland Roth).

Ausführliche Informationen, Kontaktpersonen, Ergebnisse der Plenardebatten sind auf den Internetseiten des Arbeitskreises dokumentiert: <http://www.fes.de/buergergesellschaft/>

Die Publikationen sind abzurufen unter [www.fes.de/buergergesellschaft](http://www.fes.de/buergergesellschaft) „Analysen – Analysen des Arbeitskreises“ oder [http://www.fes.de/library/ask\\_digbib.html](http://www.fes.de/library/ask_digbib.html).

---

## **Analyse-Reihe „betrifft: Bürgergesellschaft“**

<http://www.fes.de/buergergesellschaft/publikationen/download.htm#BetrifftBuerger>

- 42/ **Flüchtlingzuwanderung und bürgerschaftliches Engagement**, Jutta Aumüller
- 41/ **Pegida & Co. – Aufstieg und Fall eines populistischen Unternehmens**, Dieter Rucht
- 40/ **Freiwilligendienste zwischen Staat und Zivilgesellschaft**, Gisela Jakob
- 39/ **Die Energiewende – eine partizipative Herausforderung**, Serge Embacher
- 38/ **Bürgerschaftliches Engagement und sozialstaatliche Daseinsvorsorge. Bemerkungen zu einer verwickelten Beziehung**, Thomas Rübke
- 37/ **Individualisierte Zivilgesellschaft und die Beteiligung sozial Benachteiligter. Verliert die Bürgergesellschaft diejenigen, die über wenig Einkommen und wenig Bildung verfügen?**, Johanna Klatt
- 36/ **Genossenschaften – Akteure des Markts und der Zivilgesellschaft**, Mareike Alscher
- 35/ **Stiftungen im Visier der Nationalen Engagementstrategie – Engagementpolitische Erwartungen und sektorale Wirklichkeit**, Berit Sandberg
- 34/ **Bürgerengagement und demographischer Wandel**, Christiane Dienel
- 33/ **Die Bürgergesellschaft als Kern nachhaltiger Entwicklung**, Michael von Hauff
- 32/ **Entbürokratisierung für die Bürgergesellschaft**, Ortlieb Fliedner
- 31/ **Wie kommt die Bürgergesellschaft in den Sozialraum? Engagementförderung in benachteiligten Stadtteilen**, Oliver Fehren
- 30/ **Bürgerhaushalt: Information, Partizipation, Rechenschaftslegung**, Martin Rüttgers
- 29/ **Integration und sozialer Zusammenhalt in der Bürgergesellschaft**, Lale Akgün
- 28/ **Die Bürgergesellschaft – ein blinder Fleck der Betriebswirtschaftslehre?**, Berit Sandberg
- 27/ **Familien und bürgerschaftliches Engagement**, Gisela Notz
- 26/ **Genderbudgeting in der Bürgergesellschaft**, Christine Färber
- 25/ **Baustelle Gemeinnützigkeit. Zur aktuellen Diskussion über Änderungen der gesetzlichen Regelungen im Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht**, Michael Ernst-Pörksen
- 24/ **Advokatorische Think Tanks und die Politisierung des Marktplatzes der Ideen**, Rudolf Speth
- 23/ **Zukunft gestalten – Strukturwandel in der Arbeiterwohlfahrt. Verbandsentwicklung und bürgerschaftliches Engagement**, Wilhelm Schmidt
- 22/ **Die Planungszelle. Zur Praxis der Bürgerbeteiligung**, Peter C. Dienel. Spanische Version: **Los núcleos de intervención participativa, Sobre la puesta en práctica de la participación ciudadana**, [http://www.nuso.org/upload/fes\\_pub/dienel.pdf](http://www.nuso.org/upload/fes_pub/dienel.pdf)
- 21/ **Das soziale Engagement der Unternehmen im Handwerk**, Otto Kentzler
- 20/ **Bürgerschaftliches Engagement und die Zukunft der Wohlfahrtsverbände**, Rudolf Seiters
- 19/ **Die soziale Bedingtheit bürgerschaftlicher Teilhabe**, Barbara Stolterfoht
- 18/ **Corporate Social Responsibility. Das gesellschaftliche Engagement von Unternehmen**, Dieter Hundt
- 17/ **Das Dilemma von Tugend und Freiheit. Die Notwendigkeit von Eigenverantwortung in einer funktionierenden Bürgergesellschaft**, Herfried Münkler und Anna Loll
- 16/ **Auf dem Weg zur Bürgerkommune. Bürgerschaftliches Engagement in Heidelberg**, Beate Weber

- 
- 15 / Sport: Schlüsselbereich bürgerschaftlichen Engagements**, Manfred von Richthofen, Michael Barthel und Manfred Spangenberg
- 14 / Geschäftsstrategie Verantwortung – Der Business Case im Corporate Citizenship**, Susanne Lang und Frank Solms Nebelung. Englische Version: **Responsibility as a Business Strategy – the Business Case in Corporate Citizenship**. Spanische Version: **La responsabilidad social como estrategia de negocios**, [http://www.nuso.org/upload/fes\\_pub/lang.pdf](http://www.nuso.org/upload/fes_pub/lang.pdf)
- 13 / Wer braucht eigentlich die Bürgergesellschaft? Und wen braucht sie?**, Wolfgang Hinte
- 12 / Der deutsche Weg zum bürgerschaftlichen Engagement von Unternehmen. Thesen zu Corporate Citizenship in Deutschland**, Frank Heuberger, Maria Oppen, Sabine Reimer
- 11 / (K)ein Pflichtjahr für junge Menschen? Zur Konjunktur eines Irrtums**, Anton Schaaf, MdB, und Andrea Franz
- 10 / Gemeinwohlorientierung als Bürgerpflicht – Das Engagement der Sparkassen für die Menschen und die Regionen**, Dietrich H. Hoppenstedt
- 09 / Soziale Voraussetzungen der Bürgergesellschaft**, Michael Sommer
- 08 / Bürgerengagement in der Aussiedler- und Integrationspolitik**, Jochen Welt, MdB
- 07 / Bürgerschaftliches Engagement der Unternehmen – seit langem gepflegt, nötiger denn je**, Michael Rogowski
- 06 / Umriss einer neuen Sozialpolitik – Eigenverantwortung und Solidarität als Bildungsauftrag der Bürgergesellschaft und des Bürgerengagements**, Konrad Hummel
- 05 / Bürgerschaftliches Engagement in der europäischen Zivilgesellschaft**, Wolfgang Thierse, MdB
- 04 / Bürgerschaftliches Engagement in den Kommunen – Erfahrungen aus Ostdeutschland**, Alexander Thumfart
- 03 / Bürgerschaftliches Engagement unter den Bedingungen der Globalisierung**, Ernst Ulrich von Weizsäcker, MdB
- 02 / Bürgerschaftliches Engagement gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit – Chancen und Handlungsmöglichkeiten**, Achim Trube
- 01 / Leitbild Lebendige Bürgergesellschaft – Plädoyer für einen neuen Gesellschaftsvertrag zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft**, Michael Bürsch, MdB. Englische Version: **Towards a New Social Contract – Civil Society, Civic Engagement and Participation**. Spanische Version: **La visión estratégica de la sociedad de ciudadanos**, [http://www.nuso.org/upload/fes\\_pub/bursch.pdf](http://www.nuso.org/upload/fes_pub/bursch.pdf)